

... aus Stalins Papierkorb

Gegen linke Reaktionäre der „Studentenzeitung“

Von Heinz Winfried Sabais

Redakteure der „Darmstädter Studentenzeitung“ haben die Januar/Februar-Ausgabe dieses mit öffentlichen Mitteln mitfinanzierten Blattes der Sozialdemokratie gewidmet. Die SPD wird darin als Lakai des Kapitalismus denunziert. Der Darmstädter Oberbürgermeister und SPD-Unterbezirksvorsitzende Heinz Winfried Sabais hat zur Tendenz dieser Ausgabe und zum Verhalten der Verantwortlichen Stellung genommen. Seine Ausführungen erscheinen uns von so grundsätzlicher Bedeutung, daß wir sie nachstehend veröffentlichen:

„Die „Darmstädter Studentenzeitung“ hat ihre Nummer 132 zur Sondernummer gegen die Sozialdemokratie ausgekocht. Ihr Titel lautet: „Der moderne Krisenschutz: bewährt in Planung und Verhütung: SPD“.

Das Titelbild zeigt Gummi-Präservative, „brandt-neu und gleitfähig“, wie sie professionellen Uralt-Studenten noch bekannt sein dürften. Dieses Bild ist ein passendes Abbild der Geistesverfassung, in der sich die ganze Sondernummer darstellt. Verworfene und demokratiefeindliche Revolutionsideologie ergießt sich auf reinstem Kunstdruckpapier. Das könnte sich die SPD nicht leisten. Wer bezahlt das? Bezahlt da der Staat mit, den unsere sich mausernden Stalinchen als „Werkzeug des Monopolkapitalismus“ denunzieren, ohne sich zu schämen, kräftig in seine Kasse zu langen? Als „Verleger“ der Zeitung firmiert: „Studentenschaft der Technischen Hochschule und Studentenschaft der Fachhochschule Darmstadt“.

Kollektivhaftung?

Alle Studenten als Kollektiv? Gibt es da eine Kollektivhaftung für die Wirkungen demokratiefeindlicher Ideologie? Oder wird mit den „Studentenschaften“ nur (nur!) Mißbrauch getrieben? Der politische Standpunkt der Artikelschreiber, die da auf fremde Kosten ihre Sondernummer abziehen, wird nirgends klar ausgesprochen. Kein Autor zeichnet mit seinem Namen. Im Dunkeln ist gut muskeln. Das schafft den Schein knisternder Illegalität. Dabei ist hier bloß ein postpubertäres Indianerspiel im Gange. Alles, was gegen die SPD, die parlamentarische Demokratie und unseren Staat gesagt wird, ist durch die Meinungsfreiheit unserer Verfassung gedeckt. Ja, wenn die Autoren in der DDR, in Rußland oder auch in Jugoslawien lebten, dann ... Oder wenn die Autoren die Führer einer „Erziehungsdiktatur“ in unserem Lande wären, dann ... Aber dagegen sichert uns

und sie ja noch die gute, alte SPD. Dem Leser wird bald überdeutlich daß es sich um junge Herren handelt, die ihre Revolutionspathetik abreaden. „Du bist nichts, dein Volk (deine Partei, die Gesellschaft usw.) ist alles!“ Wir hatten das schon einmal im Lande, als die jungen revolutionären Nazis die parlamentarische Demokratie stürzten und allen einzelnen das Böck der „Volksgemeinschaft“ auferlegten. Gewiß doch, was die roten jungen Herren wollen, ist von der politischen Theorie her etwas ganz anderes, es heißt - nach dem Sturz der parlamentarischen Demokratie - Kommunismus, Herrschaft der Gemeinschaft. Nichts Neues allerdings, ein durch seine Geschichte korruptiertes System, das im Stalinismus seine äußersten Möglichkeiten vorführte. Ein Sozialist, der unter Hitler und unter Stalin im Konzentrationslager saß, wird die feinen ideologischen Unterschiede in den tyrannischen Ansprüchen der „Volksgemeinschaft“ oder des „Kommunismus“ kaum würdigen können. Sozialdemokratische Konzentrationslager allerdings hat es noch nirgends gegeben.

Der Vorwurf, daß die SPD keine Revolutionspartei um jeden Preis sei, kehrt in der Sondernummer der TH-Politdenker immer wieder. Schon 1918 hätte die Sozialdemokratie - meinen sie - eine sozialistische Diktatur errichten müssen, statt Wahlen für eine Nationalversammlung auszusprechen und damit dem Volke selbst die Entscheidung über die Staatsform zu überlassen. Die rückwärts denkenden Theoretiker vergessen dabei völlig die historische Tatsache, daß der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte - die Delegierten der revolutionären „Basis“ - am 16. Dezember 1918 mit großer Mehrheit eben diese Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen hatten. Durften die sozialistischen Volksbeauftragten diesen Beschluß der Basis mißachten und ihre Diktatur errichten? Nicht als Vertreter eines demokratischen Sozialismus. Übrigens agitierten sogar Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die Beteiligung der Kommunisten an der Nationalversammlung. Der gegen den Rat Rosa Luxemburgs versuchte Januar-Putsch der Spartakisten - der mit einer Besetzung der Zeitungsgebäude in Berlin und damit mit einer Unterdrückung der Pressefreiheit begann -, scheiterte an der Basis. Nur eine Minderheit wollte 1919 in Deutschland eine kommunistische Diktatur nach russischem Muster, nicht einmal Rosa Luxemburg. Das ist heute nicht anders als damals.

Auch heute träumt nur eine Handvoll verbohrtter Ideologen, die Gedanken-schwäche (durch Radikalismus kompensieren will) von Revolutionen hält sich für das jüngste Gericht persönlich. Aus einem naiven ankapitalistischen Alibi preist sie den Repressions-Sozialismus des Ostens, der sich längst ad absurdum geführt hat als Fortschritt an. Der blutige kommunistische Betrug an der Arbeiterklasse, der wir als Leninismus-Stalinismus bezeichnen, soll noch einmal wiederholt werden. Solche Veränderung der Gesellschaft aus Willkür kann nur zu neuen Willkürsystemen führen. „Die Revolutionen bedürfen nämlich eines passiven Elements, einer materiellen Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist... Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein.“ (Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie).

Spiel mit der Revolution

Es läßt sich vermuten, daß jene Politdenker, die mit der Revolution spielen wie mit Seifenblasen, solche Marxsche Erkenntnis gar nicht gewinnen wollen, denn dann müßten sie Geschichte und Gegenwart der Sozialdemokratie ohne jede Frischwäpsepolemik betrachten. Was sie hingegen gerne wollen, ist im Titel eines Theaterstücks von Handke treffend ausgedrückt: Das Mündel will Vormund sein. Mit einer unvergorenen Sammlung linker Sprüche möchten die Politdenker ihren elitären Ideologie-Kapitalismus darstellen, der sie zu einer Führerrolle berechtigt und das Volk zu Marschieren macht. Da kein glaubwürdiges und funktionierendes Sozialismusmodell angeboten werden kann - außer sozialdemokratischer Reformpolitik, die von den Möchtegern-Revolutionären verabscheut wird - bleibt nur übrig, mit allen Mitteln zu einer Erziehungsdiktatur zu kommen, in der die Politdenker die herrschende Klasse sein wollen.

Das revolutionäre Ziel, das sie bei uns anstreben, hat Milovan Djilas in seinem Buch „Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems“ (1957) anhand der Sozialismusmodelle des Ostens bereits beschrieben. Daraus nur einige Sätze zur proletarischen Besinnlichkeit: „Das Monopol, das die neue Klasse im Namen der Arbeiterschaft über die ganze Gesellschaft errichtet, ist hauptsächlich ein Monopol über die Arbeiterklasse selbst. Dieses Monopol ist zunächst ein geistiges, das sie als sogenannte Avantgarde des Proletariats für sich beansprucht, schließlich ist es ein allumfassendes... Der Arbeiter ist nicht nur vor die Notwendigkeit gestellt, seine einzige Ware, seine Arbeitskraft, zu verkaufen, um sich am Leben zu erhalten, er muß sie unter Bedingungen verkaufen, auf die er keinen Einfluß hat, weil er nicht in

wenn allgen.
von „na“
die Rede
ist, ist
immer die
daz gemeint;
ebenso:
„Politdenker“

✓ ①

✓ ②

✓ ②a

✗ ③

⑤

⑥

⑦

der Lage ist, sich einen anderen, besseren Arbeitgeber zu suchen. Es gibt nur einen Arbeitgeber, den Staat."

Wahllose Verstaatlichung

Zu diesem Punkt führt die wahllose Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmittel, die unsere Politdenker zu ihrem einzigen Programm machen. Er bezeichnet die tiefste Selbstentfremdung des Arbeiters und seine drückendste Fremdbestimmung. Dies als Sozialismus auszugeben, dazu gehört Unverfrorenheit und Heimtücke.

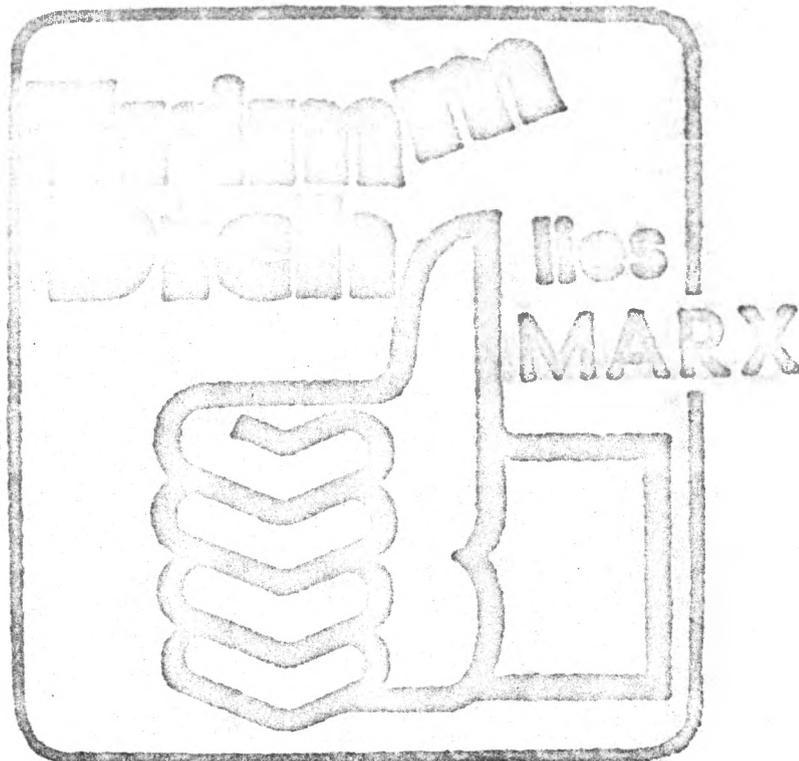
Die Ideologie-Kapitalisten von heute wollen die Macht-Monopolisten von morgen sein. Sie bereiten sich mit Staatsstipendien oder Papas Hilfe an der Hochschule auf ihre eingebildete Revolution vor. Allein die SPD ist da arg im Wege! Also muß sie zersetzt und zerstört werden. Verräterisch für den gigantischen Arbeiterbetrug, den die Revolutionäre durchzuführen hoffen, sind ihre wütenden Angriffe gegen alle Pläne zur Beteiligung der Arbeitnehmer am zuwachsenden Produktivvermögen.

Die SPD hat ihrem Bundesparteitag in Hannover „Leitsätze zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen“ vorgelegt. Es sind Leitsätze zu einem konkreten gesellschaftlichen Fortschritt, Entwicklungslinien zu einer gerechteren Gesellschaft. Herbert Wehner schrieb dazu: „Ein Ziel sozialdemokratischer Vermögenspolitik ist es, die Arbeitnehmer am Eigenkapital der Wirtschaft mehr und mehr zu beteiligen. Sie führt zu einer breiten Bildung von Beteiligungen am Produktivvermögen, wie zu einer Verstärkung der Eigenkapitalversorgung der Unternehmen.“ Dieses Ziel soll nach dem Willen der Reformstrategen nicht erreicht werden. Es würde nämlich letzten Endes die Entfremdung des Kapitals aufheben, es weitgehend zu kollektivem Kapital machen. Die Politdenker ziehen dagegen die Eigentumslosigkeit der Arbeitnehmer vor, damit sie sich, wie sie hoffen, ihrer ideologischen Fremdbestimmung ausliefern. Ist das der Fall, kommen sie an die Macht, wird durch Verstaatlichung die gesamte Gesellschaft enteignet, d. h. der totalen Willkür ausgeliefert.

Staatsmonopolismus

Was im Osten einmal Sozialismus werden sollte, aber das Gegenteil davon geworden ist, nämlich Staatsmonopolismus, das soll uns neu aufgewärmt aufgeschwätzt werden. Die TH-Politdenker haben aus der Geschichte nichts gelernt. Sie sind ideologische Wiederkäufer. Das wäre zum Gähnen monoton, wenn es nicht mit so viel Fanatismus und Arroganz vortragen würde.

Wir Sozialdemokraten entwickeln aus der kritischen Analyse der Gesellschaft Reformen, die den breiten Massen konkrete Vorteile bringen. Wir gehen den Weg der Reform, weil wir die Produktivität der Wirtschaft öko-



(Aus „Darmstädter Studentenzeitung“ Jan./Febr. 1973)

nomisch, nicht ideologisch verstehen. Wir sind für Mitbestimmung und gegen „Herr-im-Hause“-Kapitalismus wie gegen Funktionsdirigismus, weil die Arbeitnehmer die Volkswirtschaft mittragen und mitverantworten.

Fremdbestimmung

Wir sind für Privateigentum und allmähliche Umwandlung von Produktivvermögen in kollektives Kapital, weil Eigentumslosigkeit totale Manipulierbarkeit des Menschen durch die Macht bedeutet. Wir sind gegen die totale Verstaatlichung von Produktion und Verteilungswirtschaft, weil sie sowohl Produzenten als auch Konsumenten totaler Fremdbestimmung ausliefert.

Wir sind gegen den diktatorischen Kommunismus, weil er trotz riesiger Blutopfer nichts als ein System totaler Ausbeutung und Unterdrückung hervorgebracht hat. Wir sind für die Demokratie mit der Teilung der Gewalten in Parlament, Regierung und Rechtsprechung, weil nur dadurch tyrannische Herrschaftsformen ausgeschlossen werden können und nur in dieser Demokratie der einzelne auch sein Recht gegen die Gruppe, den Apparat, die Bürokratie, den Staat, die Gesellschaft behaupten kann.

Ein antihumanes System

Die Politdenker der „Darmstädter Studentenzeitung“ denunzieren die Reformpolitik der SPD als „Reform der Barbarei“. Statt dessen bieten sie eine Diktatur der Barbarei an. Für sie

gilt, was Ota Sik, der ehemalige Wirtschaftsminister der Tschechoslowakei zur Zeit des Prager Frühlings, in seinem Buch „Der dritte Weg“ (1973) schreibt: „Der Teil der westlichen Jugend, der in der offenen und scharfen Kritik am Kommunismus nur eine Unterstützung der konservativen kapitalistischen Kräfte und eine Schwächung sozialistischer Ziele sieht und deshalb gegen eine solche Kritik auftritt, hat noch nicht erkannt, daß er eben damit einer wirklich sozialistischen Entwicklung am meisten schadet. Er sagt mit seiner Meinung implizit, daß der Kommunismus eben doch eine Form des Sozialismus sei, daß dieser vielleicht nur von seinen Kinderkrankheiten befreit werden müsse. In Wahrheit freilich ist der Staatsmonopolismus durch seine eigenen Grundprinzipien zu einem antihumanen Unterdrückungssystem geworden, das nicht mehr durch kleine Verbesserungen ‚geheilt‘ werden kann. Die wesentliche Änderung seiner Grundzüge würde nämlich ein anderes System schaffen, das man nach der ganzen bisherigen Entwicklung nicht mehr als kommunistisch bezeichnen kann.“

In der „Darmstädter Studentenzeitung“ wollen die Blinden den Sehenden die Farbenlehre beibringen. Was sich dort mit sozialistischen Federn schmückt, ist zutiefst reaktionär. Die neue Gesellschaft kommt nicht aus Stalins Papierkorb, nicht vom Müllhaufen der Geschichte! Sie entsteht durch vernünftige Entwicklung. Durch Arbeit.“

22